



Gesundheitsreform 2026: Beitragssätze, Grenzen, Systemfragen

Michael Fiedler

Mit dem geplanten GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz greift die Bundesregierung tief in die Finanzierungsstruktur der gesetzlichen Krankenversicherung ein. Erste Reaktionen aus GKV und PKV zeigen: Die Reform stößt auf Kritik – aus unterschiedlichen Gründen.

Zu den zentralen Maßnahmen gehören unter anderem Anpassungen bei der Beitragsbemessungsgrenze sowie der Versicherungspflichtgrenze. Gleichzeitig sieht der Entwurf Veränderungen bei der Bundesbeteiligung und bei Zuzahlungen vor.

GKV sieht Reformpaket aus dem Gleichgewicht geraten

Kritisch äußert sich der GKV-Spitzenverband zu den aktuellen Entwicklungen. Vor allem die geplanten Verschiebungen bei der Finanzierung stoßen auf Widerstand. „Wir begrüßen, dass es nun rasch zu der Finanzierungsreform kommen soll, allerdings bereiten uns die jüngsten Entwicklungen Sorge“, sagt Oliver Blatt, Vorstandsvorsitzender des GKV-Spitzenverbandes. Konkret kritisiert der Verband, dass der Bundeszuschuss im kommenden Jahr um zwei Milliarden Euro gekürzt werden soll. Gleichzeitig seien lediglich 250 Millionen Euro als Einstieg in die Erstattung der Gesundheitskosten für Bürgergeldbeziehende vorgesehen. „Statt die Beitragszahlenden zu unterstützen, soll die

Bundesbeteiligung im kommenden Jahr um insgesamt 1,75 Milliarden Euro gekürzt werden. Das ursprünglich ausgewogene Reformpaket droht aus dem Gleichgewicht zu geraten, denn nach wie vor sollen Zuzahlungen erhöht und die Pharmaindustrie geschont werden.“

PKV warnt vor Eingriff in die Systemstruktur

Deutlich schärfer fällt die Kritik aus Sicht des Verband der Privaten Krankenversicherung aus. Dort steht vor allem die geplante Anhebung der Versicherungspflichtgrenze im Fokus. „Die geplante Anhebung der Versicherungspflichtgrenze ist faktisch die Bürgerversicherung für Angestellte – ein direkter Angriff auf die Wahlfreiheit von Millionen Arbeitnehmern“, sagt PKV-Verbandsdirektor Florian Reuther. Aus Sicht des Verbandes greift die Reform damit in die Grundstruktur des dualen Systems ein. Wettbewerb und Wahlfreiheit seien zentrale Elemente der Gesundheitsversorgung. „Damit beschädigt die Bundesregierung den Wettbewerb zwischen GKV und PKV, der unser Gesundheitssystem

leistungsfähig macht, und schwächt die demografiefeste Private Krankenversicherung.“ Zugleich verweist der Verband auf die Rolle der PKV für die Systemfinanzierung. Mit ihrer kapitalgedeckten Vorsorge und zusätzlichen Einnahmen trage sie zur Stabilität des Gesamtsystems bei.

Der [Referentenentwurf](#) enthält darüber hinaus zahlreiche Detailregelungen zur Ausgabensteuerung und Finanzierung, die in der politischen und fachlichen Debatte noch konkretisiert werden dürften.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4949587/Gesundheitsreform-2026-Beitragssaetze-Grenzen-Systemfragen/>